

Mehrsprachigkeit

Vielleicht existiert die Schweiz (noch) gar nicht?

Gastkommentar

von MARCO BASCHERA

Ein Beschluss des Bildungsrates des Kantons Zürich vom vergangenen November liess all jene aufhorchen, die sich um die mehrsprachige Schweiz seit geraumer Zeit Sorgen machen. Nachdem das Französisch 2012 als Fach für die Aufnahmeprüfung in die Kurzzeitgymnasien auf 20 Prozent (neben Deutsch und Mathematik mit je 40 Prozent) reduziert worden ist, wird es 2019 ganz aus dem Kanon der geprüften Fächer verschwinden.

Das Argument des Bildungsrates, gemäss welchem der personelle und zeitliche Aufwand für das «relativ geringe Gewicht» unverhältnismässig gross sei, ist mehr als fragwürdig. Es lässt den Entscheid von 2012 als eine bereits damals kalkulierte Massnahme in Hinblick auf die jetzige Abschaffung erscheinen. Zudem richtet sich die Argumentation des Bildungsrates nur auf den Aussagewert für die kommende Probezeit im Gymnasium und nicht auf den Stellenwert, den ein Fach während der Sekundarschulzeit einnimmt, wenn es in der Aufnahmeprüfung als gewichtiges Prüfungsfach auftritt.

Dass Französisch nun mit einem Anteil von einem Sechstel in die Vorleistungsnote einbezogen wird, vermag den Prestigeverlust dieses Faches in keiner Weise aufzuwiegen. Dieser Entscheid des Bildungsrates fällt in eine Zeit, in der die staatspolitische Bedeutung der Landessprachen immer mehr unter Druck gerät. Dabei wäre es gerade Aufgabe der Behörden und ihrer ausübenden Organe, diesem mächtigen gesellschaftlichen Trend entschieden entgegenzutreten.

Dieser Trend ist beileibe nicht nur ein schweizerisches Phänomen. Er stellt immer mehr die Bedeutung der Nationalsprachen als ein Fundus des seit der Aufklärung gewachsenen demokratischen Staates grundlegend infrage. Hannah Arendt vermerkt in ihrem «Denktagebuch» von 1950 zur Frage, was Politik sei, Folgendes: «Politik beruht auf der Tatsache der Pluralität der Menschen», sie handle «von dem Zusammen- und Miteinandersein der Verschiedenen».

Der Schutz der Verschiedenheit der Menschen, der die Aufgabe eines demokratischen Staates ist, wird unter anderem durch Gesetze ermöglicht, die in einer präzisen, für alle verständlichen Sprache formuliert und ausgelegt sein müssen. Sie vermitteln die Verschiedenheit mit dem Anspruch auf gleiches Recht für alle. Ebenso verweist etwa der Begriff des Parlaments auf das Sprechen (franz. «parler»). Jede Sprache hat aber einen ihr eigenen Zugang zu den grundlegenden Elementen des demokratischen Staates. Diese Einsicht beruht ebenfalls auf der Tatsache der Pluralität der Menschen. Mit anderen Worten: Die Inhalte einer demokratischen Politik existieren nicht für sich, sondern treten immer nur in Form einer ganz bestimmten, gepflegten Nationalsprache auf. Und

eine ihres Namens würdige internationale Politik müsste im gegenseitigen Respekt versuchen, zwischen diesen verschiedenen Sprachen und Konzepten zu vermitteln. Dazu ist die Übersetzung ein unabdingbares Instrument.

Nur eine grob vereinfachende Sicht auf diese Probleme kann die Verschiedenheit der Nationalsprachen als ein Hindernis erachten. Sie gibt vor, die Sprachen seien wie Computer allesamt Instrumente, die dazu dienen, einen jeweils gleichen Inhalt weltweit auszudrücken. Darum liesse sich dieses Gleiche auch in nur einer Sprache, dem globalisierten Englisch – kurz «Globisch» – sagen. Als Konsequenz davon setzt sich immer mehr die Vorstellung durch, Sprachgrenzen seien auch mittels technologischer Hilfsmittel zu überwinden und man müsse daher andere Sprachen nicht mehr mühsam lernen. Dadurch ist die Pluralität der Menschen, die vor allem auch eine Pluralität der Sprachen ist, grundlegend bedroht.

Für eine mehrsprachige Nation wie die Schweiz stellt diese globalisierte, vereinfachende Sicht eine grosse Gefahr dar. Seit die grösseren Firmen, die Wissenschaften und mit ihnen die Hochschulen sowie grosse Teile der Jugendkultur immer mehr zum «Globisch» übergehen, nimmt das Interesse an den anderen Landessprachen stark ab. Was bleibt, ist der oft leere, inflationäre Gebrauch nationaler Symbole, wie etwa des Schweizerkreuzes. Die sogenannte Swissness ist ein seelenloser, rein pragmatischer, wirtschaftlicher Begriff. Dadurch gibt die Schweiz leichtsinnig einen Trumpf aus der Hand, nämlich jenen eines differenzierten, mehrsprachigen Denkens und Zugangs zur Realität.

Diese hier angesprochenen Probleme lassen sich wohl weder durch Schulreformen noch durch einen noch besseren Fremdsprachenunterricht lösen. Sie sind Ausdruck einer stillschweigenden, jedoch rasant voranschreitenden gesellschaftlichen Veränderung im Bereich der Beziehung von Sprache und Denken, die immer mehr von einem sehr problematischen, maschinenartigen Duktus geprägt wird.

—
Marco Baschera ist Titularprofessor an der Universität Zürich, Gymnasiallehrer und Mitglied des Stiftungsrates der Oertli-Stiftung.